

Warum die Wiedereinführung von Kleinklassen nicht angezeigt ist

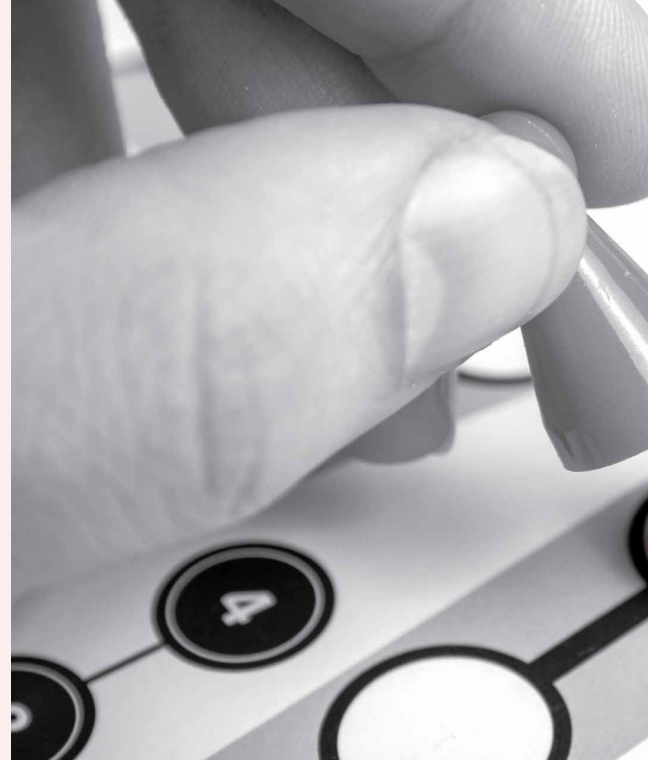
In Basel-Stadt fordert eine Motion ein Zurück zu den Kleinklassen. Stattdessen jedoch sollte überlegt werden, was sich an einem stark selektierenden Schulsystem ändern muss, damit es mit der Idee der integrativen Schule vereinbart werden kann.

Am 23. Oktober 2019 wurde im Basler Grossen Rat eine sowohl von bürgerlichen als auch von linken Parteien unterschriebene Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme überwiesen, welche die Aufhebung des Kleinklassenverbots verlangt. Basel-Stadt hatte als einziger der 16 Kantone, die dem Sonderpädagogik-Konkordat beigetreten waren, die Kleinklassen vollständig abgeschafft. Integrativer Unterricht war jetzt die Regel. Nur in absoluten Ausnahmefällen sollten Kinder in sogenannten «Spezialangeboten» weiterhin separativ unterrichtet werden. Damit aber hatte man, so die Motionär*innen, einen falschen Weg eingeschlagen. Sowohl Lehr- und Fachpersonen als auch viele Schüler*innen würden von der Heterogenität der Schulklassen überfordert. Verhaltensauffällige Kinder und Jugendliche stellten dabei ein besonderes Problem dar. Und nicht zuletzt: Schüler*innen mit Lernschwächen könnten in kleinen und homogenen Kleinklassen weit besser gefördert werden als in grossen heterogen zusammengesetzten Regelschulklassen.

Alle profitieren von Heterogenität

Man kann die Motion als einen Hilferuf verstehen, der auf tatsächlich vorhandene Schwierigkeiten im integrativen Schulunterricht und auf Erfahrungen von verständlicher Überforderung hinweist. Die Motion führt jedoch in die Irre. Ich hebe zwei Kritikpunkte hervor. Erstens: Dass Kinder mit Lernproblemen in kleinen homogenen Klassen besser lernen und sich sozial wohler fühlen, wird durch die nationale und internationale Forschung widerlegt.

- Solche Klassen sind, was Begabungen, Arbeitsverhalten, Leistungsfähigkeit usw. betrifft, in der Regel keineswegs homogen.¹
- Leistungsschwächere Schüler*innen profitieren von einer heterogen zusammengesetzten Klasse, sie profitieren von der Anwesenheit leistungsstärkerer Kinder.
- Negative Effekte lassen sich auch bei leistungsstarken Schüler*innen nicht beobachten.²



Problem Selektion

Dass gerade verhaltensauffällige Schüler (und Schülerinnen) den Unterricht stören, ja blockieren können, trifft oft zu. Nur, und dies ist ein zweiter Einwand: Das verhaltensauffällige Kind an sich gibt es nicht. Es handelt sich grundsätzlich immer um gestörte Verhältnisse, an denen auch die Lehrpersonen und an denen nicht zuletzt auch die Schule als System beteiligt sind. Was aber heisst das konkret? Mit der baselstädtischen Schulreform von 2010 wurde die Primarschulzeit auf acht Jahre verlängert (inklusive zwei Jahre Kindergarten). Es folgen drei Jahre Sekundarschule I. Hier entschied sich Basel-Stadt für das Modell einer «geteilten Sekundarschule» mit drei Leistungszügen: einem progymnasialen P-Zug, einem mittleren E-Zug (E steht für «erweiterte» Anforderungen) und einem A-Zug (A steht für «allgemeine» Anforderungen) für die leistungsschwächsten Kinder und Jugendlichen. Die Zuteilung zu einem der drei Leistungszüge fällt dabei in die Kompetenz der Primarschule. Was ist problematisch daran?

- Mit dieser Entscheidung kehrte man zurück zu jenem dreigliedrigen, stark selektierenden und ungerechten System von Gymnasium, Real- und Sekundarschule, das man mit der Schulreform von 1988 überwunden hatte.
- Die Kleinklassen wurden verboten beziehungsweise durch die «Spezialangebote» ersetzt. Der integrative Unterricht wurde zur Regel. Zugleich aber gleicht der heutige A-Zug weitgehend den ehemaligen Kleinklassen: Es sind kleine Klassen mit einer Konzentration von Jugendlichen aus tendenziell sozial benachteiligten Familien, oft mit Migrationshintergrund, viele Jugendliche haben Lernprobleme, manche sind verhaltensauffällig. Der Stigmatisierung im Kontext der alten Kleinklassen folgt die Stigmatisierung durch die Zugehörigkeit zum A-Zug.³ Das Vorbild leistungsstärkerer Schüler*innen fehlt. Die Zukunftsperspektiven erscheinen den Jugendlichen tendenziell beschränkt, viele Schüler*innen sind demotiviert, sie reagieren mit Passivität, Resignation, Aggression.
- Da die Primarschule für die Zuteilung zu einem der drei Leistungszüge zuständig ist, prägt diese Zukunftsfrage die Schule oft schon von Beginn an. Viele Angehörige wissen um die entscheidende Bedeutung der späteren Zuteilung zu einem der drei Leistungszüge, die immer auch eine Zuteilung von Lebenschancen ist. Dies erhöht



den Leistungs- und Konkurrenzdruck bereits während der Primarschulzeit, ein Nachteil insbesondere für Kinder, die aus irgendeinem Grund leistungsschwächer sind oder denen Förderung und schulische Unterstützung zu Hause fehlen.

Schule im Widerspruch

Die öffentliche Schule widerspiegelt die Konkurrenz um die begrenzten Aufstiegschancen und sie widerspiegelt zugleich die Angst vor dem sozialen Abstieg. Diesem allgegenwärtigen Wettbewerbs- und Konkurrenzgedanken, der den Schulalltag durchdringt, widerspricht die Idee der integrativen Schule, in der sich jedes Kind an seinen eigenen Möglichkeiten orientiert, nach seinen individuellen Möglichkeiten gefördert wird und in welcher Kooperation und gemeinschaftliches Verhalten im Zentrum stehen. Die öffentliche Schule ist grundsätzlich eine Schule im Widerspruch.⁴ Dieser Widerspruch ist heute besonders ausgeprägt. Inklusion ist das Zauberwort der modernen Schulpädagogik, hier geht es darum, dass alle Kinder und Jugendlichen am gesellschaftlichen Leben teilnehmen, alle angesprochen werden und sich alle zur Geltung bringen können. Exklusion aber ist das Thema der modernen Soziologie, die Prozesse der Ausgrenzung und der daraus folgenden Erfahrungen von Demütigung und Beschämung untersucht.⁵ Dem Gedanken der integrativen Schule steht die konkrete Erfahrung der Jugendlichen des A-Zugs entgegen, bereits in der Schule auf ein Leben vorbereitet zu werden, das in der Regel nur geringere Entfaltungschancen zur Verfügung stellt. Entmutigung, Ressentiments, Resignation, Schamgefühle, Aggression sind logische mögliche Reaktionen.⁶

Die integrative Schule in einer nach den kapitalistischen Prinzipien funktionierenden Gesellschaft ist eine Schule im Widerspruch und dieser Widerspruch ist unter den herrschenden Gegebenheiten nicht aufhebbar. Der integrative Anspruch und die gesellschaftliche Wirklichkeit können aber allzu sehr auseinanderklaffen. Ein stark selektierendes und segregierendes Schulsystem und die Idee der integrativen Schule widersprechen sich fundamental. Ein zweites Problem ist, dass der Widerspruch verschleiert wird. Moderne Schulreform wird mit dem Argument verkauft, es gehe um mehr Gerechtigkeit, mehr Objektivität, um bessere Förderung gerade auch der Leistungsschwächeren. Auch die Basler Motion

argumentiert damit, dass mit der erneuten Einführung der Kleinklassen der integrative Grundgedanke besser realisiert werden könne.

Inklusion als Kernforderung linker Bildungspolitik

Linke Bildungspolitik müsste sich für den Grundgedanken der integrativen Schule einsetzen. Folgt man der Motion, welche das Kleinklassenverbot aufheben möchte, verrät man die Vision einer Gesellschaft, die auf den Prinzipien der individuellen Freiheit, der Gerechtigkeit und Gleichheit sowie der Mitmenschlichkeit beruht. Linke Bildungspolitik sollte zugleich pragmatisch nach strukturellen Lösungen suchen, mit denen man der Realisierung der integrativen Schule zumindest näherkommen kann. Konkret müsste die «geteilte Sekundarschule» durch eine Sekundarschule ohne Leistungszüge (d.h. die «integrierte Sekundarschule») ersetzt werden. Damit würden viele Verhaltens- und Motivationsprobleme auf der Sekundarschulstufe wegfallen und nicht zuletzt würde die Primarschule von der Aufgabe, eine fragwürdige Selektion vornehmen zu müssen, entlastet. Das wäre keine revolutionäre Lösung und dazu braucht es keine weitere Schulreform. Die «integrierte Sekundarschule» gibt es, nicht nur im Ausland, sondern auch vereinzelt in anderen schweizerischen Kantonen. Die «integrierte Sekundarschule» wäre nichts als eine sinnvolle Annäherung an die integrative Schule, nicht mehr und nicht weniger.

Statt die Aufhebung des Kleinklassenverbots ins Auge zu fassen, sollte gefragt werden, wie sich die Idee der integrativen Schule mit einem stark selektierenden Schulsystem verträgt. Die «geteilte Sekundarschule» ist das Problem, das man angehen muss. Es ist bezeichnend, dass Kindergarten- und Primarlehrpersonen der integrativen Schule tendenziell positiver gegenüberstehen als die Lehrpersonen auf der Stufe Sekundarschule I.⁷ ■

Literatur

- Aellig, Steff und Steppacher, Josef (2016, überarbeitet 2019). *Schulische Integration: Daten, Fakten und Positionen*. Zürich: Hochschule für Heilpädagogik
- Baumann, Zygmunt (2005). *Verworfenes Leben: Die Ausgegrenzten der Moderne*. Hamburg: Hamburger Edition
- Crain, Fitzgerald (2013). *Schule im Widerspruch*. In: vpod bildungspolitik, 180, S. 15 – 18
- Crain, Fitzgerald (2021). *Die Ausgegrenzten des A-Zugs und das Versprechen der integrativen Schule*. In: *Widerspruch*, 76, S. 11 – 17
- Sagelsdorff, Rebekka und Simons, Augustus (2021) *Schule als Stigma: Die Sekundarstufe I aus Sicht des untersten Leistungszugs*. *Widerspruch*, 76, S. 19 – 29

Fitzgerald Crain, Dr. phil., ehemaliger Dozent an der Universität Basel und emeritierter Professor FHNW, Mitglied in der Denknetzgruppe Bildung

Fussnoten

- 1 Sagelsdorff und Simons, 2021
- 2 Ebd.
- 3 Ebd.
- 4 Crain 2013 und 2021
- 5 Siehe z.B. Baumann, 2005
- 6 Sagelsdorff und Simons, ebd.
- 7 Aellig und Steppacher, 2016 (2019)